



Kampf um jeden Standort und jeden Arbeitsplatz!

Es droht ein Kahlschlag. 1200 von 3100 Arbeitsplätzen der MV-Werften in Warnemünde, Wismar und Stralsund sollen vernichtet werden. Das wäre der Anfang vom Ende der wichtigsten Industrie von Mecklenburg-Vorpommern. Das muss mit aller Macht verhindert werden!

Die Rostocker Gruppe der Sol steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen aller Standorte. Wir möchten mit diesem Flugblatt unseren bescheidenen Beitrag dazu leisten, dass dieser Kampf gewonnen wird.

Bevölkerung mobilisieren

An jedem Arbeitsplatz der Werften hängen wiederum andere Jobs bei industriellen Zulieferern und im Dienstleistungssektor. Daher ist der Kampf der Werftbeschäftigten ein Anliegen, der uns alle betrifft! Wir schlagen daher der IG Metall vor, die Bevölkerung der betroffenen Städte mit Massenflyern, Plakaten, Demonstrationen und im Internet aufzuklären und für ihre Ziele zu mobilisieren.

Der ganze Norden

Aber es ist nicht nur MV betroffen, sondern Werftstandorte sind auch in Bremerhaven und Hamburg in ihrer Existenz bedroht. Bei der Meyer-Werft in Papenburg stehen mehrere Hundert Jobs auf dem Spiel. Egal welche Firma betroffen ist, die Ziele sind gleich. Daher denken wir, dass die IG Metall zu einem Aktionstag für alle Werftstandorte mobilisieren sollte, um somit Solidarität konkret zu machen und den Druck auf die Bosse und die Politik zu erhöhen.

Täglich grüßt das Murmeltier

Es ist die x-te „Werftenkrise“. Vulkan, Kværner, Aker, Yusufov und wie sie alle hießen. Auch wenn die Ursachen unterschiedlich waren - Fakt ist, die privaten Eigentümer haben immer wieder viel versprochen, haben insgesamt über vier Milliarden an Staatsgeldern eingesackt und die Arbeitsplätze wurden immer weniger. Von den ehemals knapp 60.000 Arbeitsplätzen vor der Wende sind deutlich weniger als zehn Prozent übrig geblieben.

Wir brauchen Schiffe!

Viele Werften sind in die Krise geraten, weil das Geschäft der Kreuzfahrtindustrie zum Erliegen gekommen ist. Zum einen muss die Entwicklung dieser Branchen sehr kritisch beleuchtet werden (Umweltschutz, Niedriglöhne, Steuerflucht). Zum anderen gibt es aber darüber hinaus einen grundlegenden Bedarf an Schiffen. Hier muss der Staat (Land und Bund) ein massives Investitionsprogramm, finanziert von den Reichen und Superreichen, auflegen.

Viele der Frachter, Tanker und Containerschiffe sind in die Jahre gekommen und stellen ein Sicherheitsrisiko für Mensch und Natur da. Hier muss entweder konsequent umgerüstet oder verschrottet und neue Schiffe gebaut werden. Im Hinblick auf die leider zunehmende Verschmutzung der Weltmeere durch Erdöl und Plastik, gibt es eine große Notwendigkeit auf diesem Gebiet Spezialschiffe zu bauen und damit einen wichtigen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten.



www.solidarität.info
fb: Sozialistische Organisation Solidarität
Instagram: solrostock

SOZIALISTISCHE ORGANISATION **SOLIDARITÄT** ■

Eine der Kernfragen für den Schiffbau sind neue, umweltfreundlichere Antriebe. Hier gibt es bereits verschiedene Ansätze, die von den Kapitalisten, aufgrund der hohen Entwicklungskosten, nur zögerlich angegangen werden.

Die Werften sind zu wichtig, als dass wir sie den Profitinteressen einem Konzern wie Genting überlassen können, der auch im Glücksspiel tätig ist!

Der Staat muss daher die Werften übernehmen. Wir haben diese mit unseren Steuergeldern schon doppelt und dreifach bezahlt. Aber anders als zu DDR-Zeiten und den ehemaligen Staatskonzernen der BRD, müssen die Betriebe von jenen organisiert werden, die Ahnung davon haben: Von den Beschäftigten selber. Wir denken, dass der Kopf von uns Arbeitenden „gross genug ist“ um das zu schaffen! Die Werftstandorte in MV sollten in einem landeseigenen Verbund zusammengefasst werden. Delegierte der Arbeitenden, der IG Metall und Vertreter*innen des Landes MV als „Geldgeber“, sollten die Betriebe leiten.

Was tun?

Die IG Metall sollte in allen Städten die Werften beheimaten, zur Gründung eines Solidaritätskomitees aufrufen. In diesem können sich neben Gewerkschafter*innen all jene (mit Ausnahme der extremen Rechten) einbringen, die sich ehrlichen Herzens für den Kampf um die Arbeitsplätze einsetzen wollen. Dies sollte der Ausgangspunkt für eine breite Bewegung in den jeweiligen Städten sein. Zudem kann der Kampf um die Jobs auf den Werften mit der aktuellen Metalltarifrunde verbunden werden. Hier geht es u. a. darum, dass die Arbeitszeit im Osten endlich auf 35 Stunden in der Woche reduziert wird. 30 Jahre nach der Wende ist das längst überfällig! Um Arbeitsplätze zu sichern ist ein weiterer Schritt in Richtung 30-Stunden-Woche nötig. Dies muss bei vollem Lohn- und Personalausgleich geschehen. Dieser Kampf kann gleichzeitig mit anderen Auseinandersetzungen in den Betrieben verbunden werden.

Als nächster Schritt sollte ein Aktionstag aller Werftstandorte mit Aktionen vor Ort stattfinden, von Betriebsversammlungen, „aktiven Mittagspausen“ bis hin zu Arbeitsniederlegungen. Schlussendlich muss auch eine gemeinsame Demonstration angestrebt werden. Somit kann der Druck auf die Mächtigen erhöht werden. Sollte das alles nicht zum Erfolg führen, muss sich die IG Metall auch mit dem Gedanken der Betriebsbesetzung befassen. DIE LINKE sollte all diese Aktionen in den Landtagen und im Bundestag aktiv unterstützen. Sie muss in klarer Opposition zu den bürgerlichen Parteien stehen und deutlich machen, dass eine Verstaatlichung, wie oben beschrieben, nötig ist und erklären, dass die Werftenkrise, Teil der Krise des kapitalistischen Systems ist und wir eine demokratisch-sozialistische Alternative benötigen.

Wir zahlen nicht für die Krise!

- ★ Nein zu Arbeitsplatzabbau und Entlassungen! Voller Lohn für alle Beschäftigten, die freigestellt sind oder wegen Kinderbetreuung zu Hause bleiben müssen!
- ★ Corona-Abgabe für Millionär*innen: 30% ab der ersten Million!
- ★ Überführung von Banken und Konzernen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!
- ★ Gewerkschaften und LINKE müssen jetzt den Widerstand organisieren!
- ★ Statt Marktkonkurrenz und Profitwirtschaft: Demokratische Wirtschaftsplanung und internationale Kooperation! Für sozialistische Demokratie weltweit!

www.solidarität.info



Dafür kämpft die Sol

Kapitalismus bedeutet Krise, Kriege, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv und bauen eine internationale, sozialistische Organisation auf. Dafür kämpfen unsere Mitglieder in der Partei DIE LINKE, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wir treten für eine kämpferische und sozialistische LINKE und für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Die Interessen der arbeitenden Klasse und der Kapitalistenklasse sind unvereinbar. Deshalb kann dieses System nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft reformiert werden, die Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen grundlegend verändert werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Wir sind Teil der weltweiten sozialistischen Organisation Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale. Ziel ist der weltweite Aufbau sozialistischer Massenorganisationen, die der Arbeiter*innenklasse helfen können, den Kapitalismus durch Massenbewegungen zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.